

FPÖ INFO

Ausgabe
3/2021

Österreichische
Post AG · SP
05Z036406 S ·
1010 Wien

Es geht um unsere Freiheit!

Demoverbote, Freitesten, grüner Impfpass, Repressalien für Regierungskritiker und Anstachelung zum Denunziantentum sind nur einige Auszüge von den aktuellen besorgniserregenden Entwicklungen in Österreich. Besonders erschreckend ist, dass die linke Medienlandschaft diese freiheitsbedrohenden Maßnahmen völlig unkritisch aufnimmt.

Die angebliche „Vierte Gewalt“ im Staat kümmert es offensichtlich nicht, dass Oppositions- und Verfassungsrechte immer mehr ins Hintertreffen geraten und von der Regierung im besten Fall als Empfehlungen und nicht als verbindliche und unumstößliche Grundrechte angesehen werden.

Umso wichtiger sind in diesen Zeiten die Sozialen Medien. Doch auch hier gibt es bereits große Einschränkungen. Oft werden Beiträge von Regierungskritikern gelöscht oder mit „Warnhinweisen“ versehen. Manche User werden überhaupt gleich gesperrt. Daher sind auch Kommunikationskanäle wie dieses Informationsschreiben von zunehmender Bedeutung. Über diesen Weg ist es Oppositionsparteien noch möglich, den Bürgern direkt und unverzerrt über Standpunkte, Meinungen und Regierungskritik zu berichten.

Mit Repressalien und dem Erschweren der Kommunikation, wollen ÖVP und Grüne regierungskritische Bürger und uns als FPÖ zermürben und demotivieren.

Doch ich kann Euch versprechen: Egal wie weit Bundeskanzler Sebastian Kurz, Innenminister Nehammer und Gesundheitsminister Anschöber noch bereit sind zu gehen, egal welche neuen Maßnahmen sie sich als nächstes überlegen, wir werden niemals aufhören für unsere Freiheit zu kämpfen!

Wir werden uns weiterhin organisieren, unseren Protest im Parlament und in den Landtagen kundtun, aber auch weiterhin auf die Straße gehen und lautstark gegen die Einschränkung unsere Grundrechte auftreten. Gemeinsam können wir alles erreichen und ich bin der festen Überzeugung, dass wir eines Tages auch unsere Freiheit zurückgewinnen.

Ich weiß, dass ich auf Euch zählen kann und ich versichere Euch, dass ihr ebenso auf mich zählen könnt!

Euer

Stadtrat Dominik Nepp
FPÖ-Landesparteiobmann



Wussten Sie, dass ...

... Kurz & Co für die Erhöhung von Politikergehältern gestimmt haben, während in Österreich die größte Arbeitslosigkeit der 2. Republik herrscht?

Bleib' auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
05Z036406 S

Wien muss wieder leistbar werden!

MAXIMILIAN KRAUSS, Klubobmann FPÖ-Wien

Vor dem Hintergrund der größten Wirtschaftskrise der zweiten Republik, ist es ein besonderes Armutszeugnis für die Wiener Sozialdemokratie, dass sie keine Antworten und Konzepte zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit und zur zunehmenden sozialen Armut in unserer Stadt hat.

Zwar ist es schön und nett, wenn Bürgermeister Ludwig sich mit einem einmaligen Schnitzelgut-schein rühmt, dennoch sollte er nicht vergessen, dass die Wienerinnen und Wiener davon ihren Lebensalltag nicht bestreiten können.

In Wien waren im Februar 2021 181.485 Personen arbeitslos gemeldet. Das ist ein unglaubliches Plus von 33 Prozent! Hinzukommen etwa 70.000 Wienerinnen und Wiener die in Kurzarbeit sind.

Viele Wienerinnen und Wiener wissen nicht mehr, wie sie ihren Lebensalltag finanzieren sollen

Zwar hat Finanzstadtrat Hanke verkündet, dass in Wien die Gebühren heuer nicht erhöht werden, da die Inflation durch die Pandemie nicht groß genug war, doch möchte die rot-pinke Stadtregierung eine mögliche Valorisierung bereits am 30. Juni 2021 erneut prüfen.

Wir fordern, dass diese Valorisierung ausgesetzt wird. Es kann doch nicht sein, dass – in der größten Krise der zweiten Republik – sich die Wiener Stadtregierung lediglich eine Senkung der Staatsbürgerschaftsgebühren vorgenommen hat.

Hier sieht man, für wen diese Regierung Politik macht: Nicht für die Österreicher, sondern für all jene, die zu uns kommen, um hier in der sozialen Hängematte zu liegen.

Notwendig wäre:

- Halbierung der Gebühren etwa für Müll, Wasser oder Kanal
- Halbierung der Betriebskosten im Gemeindebau

- Umsetzung der Mindestsicherung NEU
- Stopp der Auszahlung der Mindestsicherung an Nicht-EU Bürger

Zum letzten Punkt muss man in Erinnerung rufen: **55% der Mindestsicherungsbezieher in Wien sind Nicht-Österreicher.**

Es darf nicht sein, dass wir das Geld der österreichischen Steuerzahler in dieser Krise dafür einsetzen, um das Welt-Sozialamt zu spielen!

Hier müssen Bürgermeister Ludwig, Sozialstadtrat Hacker und Finanzstadtrat Hanke endlich Mut entwickeln und sagen: Das Steuergeld der Österreicher muss auch für Österreicher eingesetzt werden!

Warum soll ein brav arbeitender Österreicher irgendwelche Messer-Tschetschenen finanzieren, wenn das Geld in den Wiener Kassen sowieso schon mehr als knapp ist?

Wir können uns diese Steuergeld-Ver-schwendung schlichtweg nicht mehr leisten.

Es ist Zeit Prioritäten zu setzen und das heißt ganz klar: Österreicher zuerst!



Gastro-Öffnung jetzt sofort!

UDO GUGGENBICHLER,

ABGEORDNETER ZUM WIENER GEMEINDERAT- UND LANDTAG

Die Wiener Wirte stehen vor dem Abgrund ihrer wirtschaftlichen Existenz und die Menschen sehnen sich nach einem Besuch im Gast- oder Kaffeehaus. Der Wiener Bürgermeister sei davor gewarnt, so wie zuletzt, Öffnungsschritte in den Raum zu stellen und dann gemeinsam mit Sebastian Kurz bei der Pressekonferenz den Dauerlockdown zu verkünden. Derartige Umfeller des Bürgermeisters dürfen nicht zu einem Automatismus werden.

Die wichtigsten Themen der kommenden Jahre werden sich in den Bereichen der sozialen Sicherheit, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sowie „leistbare Stadt“ abspielen. Nichtsdestotrotz hat sowohl die türkis-grüne Bundesregierung als auch die rot-pinke Wiener Stadtregierung verabsäumt, die größte Wirtschaftskrise der 2. Republik richtig und nachhaltig zu managen. Nein, schlimmer noch: Mit ihren wirtschafts- und arbeitsmarkfeindlichen Maßnahmen sind mittlerweile rund 70.000 Wienerinnen und Wiener in Kurzarbeit. Die Zahl der Arbeitslosen stieg alleine in Wien schon auf unfassbare 180.000.

 **Nur durch ein sofortiges und vollständiges Öffnen von Wirtschaft, Gastro und Handel könnten Jobs gesichert werden**

Damit das Leben in Wien leistbar bleibt, müsste die Stadt zudem sämtliche Gebühren - von Wasser über Müll und Kanal bis zu den Betriebskosten im Gemeindebau - halbieren und das Valorisierungsgesetz aufheben. (Dieses regelt die Anpassung der Abgaben und Gebühren entlang der Inflation, Anm.)

Ebenso braucht es einen Investitions-Impuls in die Sanierung von Gemeindebauten. Der Rechnungshof bescheinigt, dass sich im Bereich des sozialen Wohnbaus ein Sanierungsvolumen von knapp 5 Milliarden Euro angestaut hat. Viele im Gemeindebau lebende Wiener klagen über sanierungsbedürftige Stiegenhäuser, Fenster und Fassaden. SPÖ-Wohnbaustadträtin Gáal scheint dieser Zustand allerdings wenig bis gar nicht zu interessieren.

 **Tourismus muss Motor für Wirtschaftsaufschwung werden**

Das Totalversagen im Wien Tourismus ist ebenso ein Thema, das nahezu alle betrifft. Seit Jahren kritisiert die FPÖ die reine Klientelpolitik der sogenannten Tourismuskommision. Diese Vorgehensweise verursachte, dass Wien Jahr für Jahr im Städte-Ranking bei den Tourismuszahlen kontinuierlich zurückgefallen ist.

Die Lösung kann daher nur eine komplette Neuaufstellung und Reformierung der Tourismuskonzepte sein. Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Ein Ende der Miss- und Freunderlwirtschaft sowie der gelebten Intransparenz ist nun das Gebot der Stunde.

Ebenso benötigt es ein Überlebenspaket für Fremdenführer, Gastronomiebetreiber, für die Kultur- und Eventbranche und all jene, die jetzt durch die Pandemie zur Untätigkeit verurteilt und gezwungen werden.



Mainstream-Medien und ihre verzernte Berichterstattung

MICHAEL STUMPF, Landespartei sekretär FPÖ-Wien



Mittlerweile gehört es zur Tradition großer Freiheitsdemos, dass die herkömmlichen Medien Ereignisse völlig anders darstellen, als sie von Teilnehmern wirklich erlebt wurden.

So war es auch am Samstag, dem 06. März 2021, als zigtausende Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur FPÖ-Kundgebung in den Wiener Prater unter dem Titel „Für unser Österreich! Demokratie. Freiheit. Grundrechte“ gekommen sind.

Die Masse der friedlichen Teilnehmer war überwältigend

So verschieden die dort anwesenden Menschen waren - alle standen für ein gemeinsames Ansinnen dort: Ein friedliches aber starkes Zeichen zu setzen, dass sie ihre Freiheit zurückerlangen und behalten wollen.

Ich war auch dort: Gemeinsam mit meiner zweieinhalbjährigen Tochter, da es auch um ihre Zukunft geht.

Am Ende der Kundgebung spielten sich allerdings Szenen ab, die - und dazu häufen sich immer mehr Beweise - ganz offensichtlich politisch aufoktroiert wurden.

Die Polizei sperrte alle Donaubrücken ab, um die Abreise der Teilnehmer aus der Leopoldstadt zu erschweren. Hundestaffeln rückten an, als die Einkesselten noch friedlich „I am from Austria“ sangen. Mehrfach

wurden Kundgebungsteilnehmer niedergeschlagen, eine ältere Dame sogar festgenommen. Szenen, die in der Berichterstattung des Mainstream-Mediensektors mit keiner Silbe erwähnt wurden.

Denunziantentum und Fake-News als leitendes Medienmotto

Stattdessen wurde eine neue Stufe des Denunziantentums erreicht, indem man den überwiegenden Großteil der Teilnehmer ins „rechtsextreme“ und „gewaltbereite“ Eck gestellt hat.

Dreist war auch der Versuch, aus einer, ohne jeden ersichtlichen Grund von Polizisten eingekesselten Gruppe von Bürgern einen brutalen Mob zu basteln, der ein Gebäude „gestürmt“ habe. In Wirklichkeit versuchten die Menschen, aus einem Kessel zu entkommen, in dem man sie ganz einfach festhielt.

Wir werden uns aber unsere Freiheit nicht nehmen und uns einschüchtern lassen! Lassen wir die unheilige Allianz von Regierung und Mainstream-Medien mit ihren verzernten Berichten nicht länger durchkommen!

Die Wahrheit kommt irgendwann ans Licht und die Gerechtigkeit wird siegen.

Haben sich Ihre Kontaktdaten geändert?



Dann teilen Sie uns das bitte mit. Damit helfen Sie uns, unsere Datenbank auf dem aktuellsten Stand zu halten.

Die Mitteilung können Sie entweder per Mail an die Landesgeschäftsstelle **lgst.wien@fpoe.at**, telefonisch unter **01/405 75 60** oder postalisch mit dem unteren Abschnitt richten.

Selbstverständlich werden Ihre Daten wie immer vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.



Ergeht an die
FPÖ-Landesgeschäftsstelle Wien
Rathausplatz 8
1010 Wien

Vor- und Nachname:

Tel.:

Adresse:

E-Mail: